

Beschluss

TOP II. 1

Angriffe auf Ärzte und medizinisches Personal – Angemessene Ahndung und Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes

Berichterstattung: Niedersachsen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister nehmen mit Sorge die Berichte über eine steigende Anzahl von Angriffen, wie Verbalattacken, Bedrohungen und körperlichen Übergriffen gegenüber im Gesundheitswesen tätigen Personen, insbesondere Ärztinnen und Ärzten, Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern sowie Personal in Arztpraxen und anderen medizinischen Einrichtungen zur Kenntnis. Sie sind sich dabei einig, dass dieser inakzeptablen Entwicklung mit Nachdruck begegnet werden muss.
2. Sie stellen darüber hinaus fest, dass derartige Übergriffe häufig eine erhebliche Belastung für die betroffenen Personen darstellen und geeignet sind, das Sicherheitsgefühl und die Berufsausübung der im Gesundheitswesen tätigen Personen sowie die medizinische Versorgung empfindlich zu beeinträchtigen.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister halten es für geboten, den Schutz von im Gesundheitswesen tätigen Personen vor derartigen Übergriffen zu verbessern. Sie bitten daher die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, sich der Thematik im Benehmen mit der Bundesministerin für Gesundheit anzunehmen und eine Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes zu prüfen.
4. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten die Vorsitzende ihrer Konferenz, die Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz von diesem Beschluss in Kenntnis zu setzen.